

Bouteflika zum Dritten

Stabilitätsgarantie oder Stabilitätsrisiko?

Isabelle Werenfels

Am 9. April ist Algeriens Präsident Abdelaziz Bouteflika mit 90,24% der abgegebenen Stimmen für eine dritte Amtszeit gewählt worden. Die dafür nötig gewesene Verfassungsänderung hat international kaum Kritik hervorgerufen, weil Bouteflika gemeinhin als Stabilitätsgarant gilt. Diese Einschätzung ist zunehmend problematisch. Denn Algeriens wiedergewonnene Stabilität geht nicht nur auf Bouteflikas Initiativen zur Amnestierung bewaffneter Islamisten und auf Kompromisse mit dem Militär zurück. Vielmehr boten die hohen Deviseneinnahmen aus den Erdöl- und Erdgasexporten dem Präsidenten die Möglichkeit, erstens soziale und politische Ruhe zu erkaufen, ohne grundlegende Strukturreformen initiieren zu müssen, und zweitens den Ordnungsapparat auszubauen. Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise und des gesunkenen Ölpreises könnte diese Politik bald nicht mehr finanzierbar sein. Anzeichen dafür, dass Bouteflika eine Strategie zur nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung entwickeln wird, gibt es hingegen kaum.

Das Bemerkenswerte an den algerischen Wahlen 2009 war nicht deren Ausgang, sondern die manifeste Sorge des Bouteflika-Lagers, die Wahlbeteiligung könnte blamabel niedrig ausfallen. Plakate mit Slogans wie »Lassen Sie niemanden an Ihrer Stelle entscheiden« oder »Wählen ist eine nationale Verpflichtung« waren in Algerien oft prominenter plaziert als solche mit dem Konterfei des Präsidenten. Diese Kampagne scheint Wirkung gezeigt zu haben. Mit 74,54% lag die Wahlbeteiligung weit höher als 2004 (58,1%). Allerdings stellen Beobachtungen ausländischer sowie unabhängiger algerischer Journalisten, die von geringer bis mäßiger Beteiligung

in weiten Teilen des Landes berichteten, diese Zahl in Frage.

Nicht einmal von kritischen Beobachtern wird indes bestritten, dass der 72-jährige Bouteflika haushoch gewonnen hat. Verantwortlich dafür sind mehrere Faktoren. Erstens befand sich unter den fünf Mitbewerbern kein ernsthafter Konkurrent. Politische Schwergewichte wie der ehemalige Premierminister und Reformler Mouloud Hamrouche wollten sich nicht auf ein Spiel einlassen, das sie für abgekartet hielten.

Zweitens hatte der parteilose Bouteflika die drei größten Parteien hinter sich: die ehemalige Einheitspartei FLN (*Front de libération nationale*), die Partei der Bürokratie

RND (*Rassemblement national démocratique*) sowie die gemäßigt islamistische MSP (*Mouvement de la société pour la paix*). Alle diese Parteien haben ein Interesse an der Erhaltung des Status quo und mobilisierten ihre Wähler entsprechend.

Drittens rechnen viele Algerier Bouteflika noch immer hoch an, dass er das von Gewalt geschüttelte Land seit seinem ersten Amtsantritt 1999 wieder stabilisiert hat. Zu seinem Ruf als starker Führer und Stabilitätsgarant hat auch beigetragen, dass er die Armeespitze weitgehend aus der Tagespolitik verdrängen konnte.

Eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle dürfte aber der ökonomische Aufschwung in Bouteflikas zweiter Amtszeit gespielt haben. Dass an diesem auch Teile der Mittelklasse partizipieren, zeigt sich schon am algerischen Autopark, der sich in den vergangenen fünf Jahren nahezu vollständig erneuert hat. Allerdings beruht dieser Aufschwung fast ausschließlich auf dem bis Oktober 2008 hohen Ölpreis.

Multiple Strukturprobleme

Die enorm hohen Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor konnten weitgehend darüber hinwegtäuschen, dass die Strukturprobleme, die Algeriens Entwicklung zu einem nachhaltig stabilen und prosperierenden Land seit Jahrzehnten behindern, weiterhin einer Lösung harren. Algerien bleibt in hohem Maße von der volatilen Erdölrente abhängig, und der Ressourcenreichtum des Staates übersetzt sich nach wie vor nicht in eine kontinuierliche Verbesserung des Lebensstandards weiter Teile der Bevölkerung. Die politische Partizipation und Meinungsfreiheit bleiben eingeschränkt, gesellschaftliche Konflikte, die sich an der Rolle der Religion in Staat und Politik oder an sprachlichen und ethnischen Identitäten entzünden, sind nicht beigelegt worden. Nicht zuletzt hat sich die Sicherheitslage seit 2006 wieder verschlechtert, abzulesen an der höheren Zahl größerer Anschläge und Entführungen durch bewaffnete Gruppen.

Bouteflika hat bislang wenig ernsthafte und konsequente Anstrengungen unternommen, um diese strukturellen und teilweise auch konjunkturellen Stabilitätsrisiken mittel- und langfristig zu minimieren.

Hohe Abhängigkeit vom Erdölsektor

Dem ersten Anschein nach ist die makroökonomische Situation Algeriens im Frühjahr 2009 ausgesprochen rosig. Die Devisenreserven beziffern sich auf rund 140 Milliarden Dollar, der Handelsbilanzüberschuss betrug 2008 fast 40 Milliarden Dollar (25,1% des Bruttoinlandsprodukts [BIP]) und die Auslandsverschuldung ist sehr niedrig. Überdies sank die Arbeitslosenrate von gegen 30% (2000) auf offiziell 13%. Allerdings dürfte die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt wenig nachhaltig sein, da sie vorwiegend auf der Schaffung temporärer Stellen im Bausektor (Transportinfrastruktur und Wohnungsbau) beruht.

An den wirtschaftlichen Grundstrukturen hat sich seit Beginn des Strukturanpassungsprogramms, das Algerien auf Drängen des Internationalen Währungsfonds und im Gegenzug für internationale Zahlungshilfen 1994 initiierte, wenig verändert. Maßnahmen zur Diversifizierung der vom Erdöl und Erdgas dominierten Wirtschaft haben keine Früchte getragen. Im Gegenteil: Bei Bouteflikas Amtsantritt 1999 betrug der Anteil der Öl- und Gasexporte an den Gesamtexporten 96,6%, 2007 98,4%. Ähnlich sieht es bei den Staatseinnahmen aus: 1999 kamen 61,8% der Einnahmen aus dem Kohlenwasserstoffsektor, 2007 75,8%. Ihren Anteil am BIP konnten im gleichen Zeitraum lediglich der Bau- und der Dienstleistungssektor kontinuierlich erhöhen.

Schon in seiner zweiten Amtszeit besann sich Bouteflika nach den ohnehin nur halberzogenen marktwirtschaftlichen Reformen auf einen Wirtschaftsnationalismus früherer Jahre. Symptomatisch war das neue Gesetz für den Kohlenwasserstoffsektor, das 2005 dessen weitgehende Öffnung für ausländische Investoren erwirkte. 2006 wurde die Reform aber wieder zurückgenommen.

Ungünstiges Investitionsklima

Seither haben sich die politischen Rahmenbedingungen und das Klima für ausländische Investoren verschlechtert. Dies schlägt sich auch im internationalen Ranking Algeriens nieder. Besonders schlecht schneidet das Land etwa im Global Competitiveness Index des World Economic Forum bei der Unabhängigkeit der Justiz und den Eigentumsrechten ab.

Zum Mangel an Rechtssicherheit, an Transparenz in der Regierungspolitik und an Reformen in Schlüsselsektoren wie dem der Finanzen gesellt sich ein populistisch-nationalistischer und marktfeindlicher Diskurs. Dem deutschen Unternehmen Linde etwa, das 2006 eine algerische Firma übernahm, drohten Regierungsmitglieder im März 2009 mit der Renationalisierung. Vorgeworfen wurde dem Unternehmen letztlich, dass es nach marktwirtschaftlichen Kriterien operiert. Die seit 2006 stagnierenden oder gar rückläufigen ausländischen Direktinvestitionen können auch als Reaktion auf solche Signale interpretiert werden.

Von den partiell implementierten Marktreformen und insbesondere den Handelsliberalisierungen seit Ende der 1980er Jahre haben indes eine ganze Reihe von Algeriern profitiert, die in der Regel eng mit den militärischen Eliten oder dem Präsidenten verbandelt sind. Da Algeriens neuen Wirtschaftseliten der Mangel an Transparenz und die fließenden Übergänge zwischen formellen und informellen, staatlichen und privaten wirtschaftlichen Strukturen zugutekommen, zeigen sie wenig Interesse an ernsthaften Reformen – vor allem wenn diese auf gute Regierungsführung abzielen.

Insofern ist auch nicht der Präsident allein für die fehlende Umstrukturierung der Wirtschaft und den Wirtschaftsnationalismus verantwortlich. Selbst wenn er den Willen hätte, Reformen durchzusetzen, dürften ihm die zahlreichen Vetospieler einen Strich durch die Rechnung machen. Zu diesen zählen neben den neuen Wirtschaftsmagnaten auch der Chef der mächtigen Gewerkschaft UGTA (*Union Générale des*

Travailleurs Algériens) sowie aktive und pensionierte hohe Offiziere.

Politische Blockaden

Bouteflika ist es gelungen, sich schrittweise von den Generälen zu emanzipieren, die ihn ins Amt gehievt hatten, und eigene politische und wirtschaftliche Netzwerke aufzubauen – und dies, obwohl er gesundheitlich seit 2005 stark angeschlagen ist. Der Präsident hat sukzessive ihm loyale Personen in die Schlüsselpositionen im Generalstab und im Verteidigungsministerium berufen. Von der ehemaligen Junta, die in den 1990er Jahren regierte, sitzt nur noch der Chef des Geheimdienstes DRS (*Département du renseignement et de la sécurité*), Mohamed »Toufik« Mediène, auf seinem Posten.

Mediène, der als ausgesprochen mächtig gilt, kommandiert den staatlichen Apparat, der nach Einschätzung informierter algerischer und ausländischer Beobachter am besten funktioniert und sehr gut strukturiert ist. Dessen Kader verfolgen im übrigen in der staatlichen Wirtschaft genauso wie im Privatsektor persönliche Interessen. Folglich ist schwer vorstellbar, dass Bouteflika und seine engsten Mitstreiter – zu denen sein Bruder Said, Innenminister Zerhouni, Energieminister Khelil, aber auch einige Generäle und Mitglieder der Wirtschaftseliten zählen – Entscheidungen gegen Mediène durchsetzen können.

Umgekehrt ist Mediène – zu dem Premierminister Ouyahia genauso enge Beziehungen pflegen soll wie einige der neuen Oligarchen – seinerseits auf den Präsidenten angewiesen. Bouteflika hatte in den 1990er Jahren keine offizielle Position inne, als massive Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, auch von den Sicherheitskräften. Er hat das Regime schrittweise international wieder salonfähig gemacht und den Generälen überdies 2006 mit der »Charta für Frieden und nationale Versöhnung« Straffreiheit garantiert. Die Charta sieht zwar eine (Teil-) Amnestie für reumütige bewaffnete Islamisten vor, verwehrt aber gleichzeitig den politischen Führern

der verbotenen islamistischen FIS-Partei (*Front islamique du salut*), die 1991 die Wahlen gewonnen hatte und damit einen Coup der Armeespitze »provozierte«, die Wiederaufnahme politischer Aktivitäten. Zudem macht die Charta einzig die Islamisten für den Ausbruch der Gewalt in den 1990er Jahren verantwortlich. Mit diesen Maßnahmen hat sich Bouteflika die Unterstützung Mediènes gesichert. Dauerblockaden, etwa im Privatisierungsprozess, deuten aber darauf hin, dass es an der Regimespitze durchaus Dissens in strategischen (ökonomischen) Fragen gibt.

Zersplitterte politische Landschaft

Der Transfer eines Teils der Macht vom Militär auf den Präsidenten hat allerdings keinerlei politische Öffnung mit sich gebracht. Nicht nur weil Bouteflikas Spielräume eingeschränkt bleiben, sondern weil der Präsident seine Herrschaft mit ähnlichen Strategien sichert wie die Militärs vor ihm. Er bedient sich einer klassischen *divide et impera*-Strategie: Ein Teil der Opposition wird kooptiert, ein Teil toleriert und ein Teil unterdrückt. Überdies werden oppositionelle Kräfte durch die Schaffung von regime-gestützter Konkurrenz geschwächt. Das betrifft insbesondere unabhängige Zeitungen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen.

Die Zerklüftung der politischen Landschaft von oben funktioniert in Algerien besonders gut, weil sie auf der ethnischen, regionalen, tribalen, linguistischen etc. Fragmentierung der algerischen Gesellschaft aufbaut, die sich während der 1990er Jahre noch stärker ausgeprägt hat.

Die Herrschaftsstrategie geht nur kurzfristig auf. Am Beispiel der Islamisten lässt sich dies gut illustrieren: Eine islamistische Partei gehört der Regierungskoalition an, zwei weitere sind im Parlament vertreten. Einer anderen Partei wird seit 1999 die Legalisierung verweigert, ohne dass ihre Anhänger verfolgt werden. Die FIS-Partei schließlich bleibt verboten. Politische Aktivitäten ihrer ehemaligen Kader werden

weitgehend unterdrückt. Erfolgreiche Manipulationen der Regierung haben überdies bewirkt, dass die meisten Parteien intern zerstritten sind. Mit der Zersplitterung, die daraus resultiert, lässt sich erklären, warum es der islamistische Präsidentschaftskandidat 2009 auf offiziell nur 1,37% der Stimmen brachte.

Die Kehrseite dieser Politik ist, dass die legalen islamistischen Parteien bei der Bevölkerung nur wenig Glaubwürdigkeit genießen, dass ein Teil des gewaltfreien islamistischen Spektrums ausgegrenzt bleibt und dass es keine legale politische Kraft gibt, die das Potential an Frustration radikaler Jugendlicher kanalisieren und das Abrutschen in Gewalt verhindern könnte, sei sie sozioökonomisch oder religiös bedingt.

Überdies drohen die fast schon anarchischen Eigendynamiken der Zersplitterungspolitik selbst den Machthabern immer wieder zu entgleiten – in der Kabylei zeigt sich dies seit 2001 deutlich.

Überholte Legitimitätsstrategien

Als hinderlich für eine nachhaltige Stabilität Algeriens erweisen sich auch die Mechanismen zur Sicherung einer zumindest minimalen Legitimität des Regimes. Bouteflika setzt, wie schon die Generäle vor ihm, auf die strategische und taktische Verteilung der Erdölrente, auf seine persönliche Vergangenheit als Widerstandskämpfer gegen die französische Kolonialmacht und auf punktuelle politische Konzessionen. Nicht zuletzt ist er bemüht, Zustimmung an der Urne zu finden. Die fast schon verzweifelten Versuche des präsidentialen Lagers, dem Präsidenten und bestehenden Regime qua massive Wahlbeteiligung 2009 Legitimität zu verschaffen, sprechen dafür, dass das Vertrauen der Machthaber in die bisherigen Mechanismen zur Herstellung von Legitimität schwindet.

Strategisches Verteilen der Öl- und Gasrente

Dank der steigenden Deviseneinnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor konnten die Staatsausgaben seit 2000 mehr als verdoppelt werden. Davon ist ein Großteil in Infrastrukturprojekte geflossen. Insbesondere vor Wahlen oder nach lokalen Unruhen pumpt die Regierung astronomische Beträge in den Bau von Wohnungen, Schulen, Straßen, Sportanlagen etc. oder lässt sie gezielt bestimmten Gruppen zukommen, um Loyalitäten zu kaufen. Im Wahlkampf 2009 etwa erließ der Präsident 110 000 Bauern die Schulden und verkündete, bis 2013 150 Milliarden Dollar in die Neuauflage seines Entwicklungsplans zu investieren.

Die Erdölrente kommt der Bevölkerung aber auch in Form von Subventionen zugute, die nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Nicht zuletzt kann davon ausgegangen werden, dass sie in informelle Kanäle gelangen und daher im Budget nicht aufscheinen.

Es liegt auf der Hand, dass diese Strategie auf hohe und vor allem stabile Erdölpreise angewiesen ist. Nach Einschätzung des Economist Intelligence Unit (EIU) braucht Algerien bei den für 2009 vorgesehenen Staatsausgaben einen Erdölpreis von 60 bis 65 Dollar, will es ein Budgetdefizit schon in diesem Jahr vermeiden. Nach EIU wird sich der Handelsbilanzüberschuss 2009 gegenüber 2008 mehr als halbieren.

Revolutionäre Legitimität

Alle bisherigen Präsidenten Algeriens haben ihre Vergangenheit im Widerstandskampf ins Spiel gebracht, um sich Legitimität zu verschaffen. 47 Jahre nach der Unabhängigkeit ist der offizielle Diskurs noch immer durchdrungen von den Mythen, Helden und Symbolen des antikolonialen Kampfes. Im Wahlkampf haben die Kandidaten denn auch versucht, sich als die wahren Erben der Revolutionäre darzustellen.

Allerdings steht dieser Diskurs im krassen Gegensatz zur Revolutionsmüdigkeit

der jungen Generationen. Sie werfen den Revolutionseliten vor, ihren Platz nicht für die nachfolgenden Generationen geräumt zu haben und aus ihrem Status finanziellen Profit zu schlagen. Zu den materiellen Privilegien, die mit dem Status des Revolutionärs verbunden sind, gehören neben der Rente als *moudjahid* auch etwa Taxi- und Importlizenzen. Die Renten der Moudjahidine überstiegen 2007 in der Summe jene der Gesundheitsausgaben. Lobbygruppen wie die *Organisation nationale des enfants de moudjahidine* haben sich zum Ziel gesetzt, diesen Status vererbbar zu machen. Dabei spielt mit, dass die Zugehörigkeit zur *famille révolutionnaire*, zu der auch die Gewerkschaftsdachorganisation und die Satelliten der ehemaligen Einheitspartei zählen, ein wichtiges Sprungbrett für Kaderfunktionen im Staatsapparat ist. Diese positive Diskriminierung auf der Basis revolutionärer Legitimität und eine schwindende Bereitschaft junger Generationen, diese hinzunehmen, können als wichtige Ursachen für die großen sozialen Spannungen gelten, die sich verstärkt in Unruhen entladen.

Punktuelle Konzessionen als Ventil

Nicht zuletzt versucht Bouteflika in der klassischen Manier autoritärer Herrscher, sein Regime über punktuelle Konzessionen und Demonstrationen von Pluralismus zu legitimieren. Dadurch gelingt es ihm gleichzeitig, Ventile für den Unmut in der Bevölkerung zu schaffen. Die Verankerung der Berbersprache als nationale Sprache in der Verfassung 2002 etwa war eine Konzession an die aufständischen Kabylen.

Den islamistischen und religiös konservativen Strömungen in der Gesellschaft kommt Bouteflika mit der Aufwertung religiöser Symbole, Institutionen und Handlungen entgegen. So wird seit 2006 im algerischen Fernsehen zum Gebet aufgerufen. Der Nebeneffekt dieser Politik ist, dass der Präsident zur wachsenden Frömmigkeit in der Gesellschaft beiträgt. Unklar ist bislang, ob diese sich in politische Aktivitäten übersetzen wird. In jedem Fall dürfte sie

die Gesellschaft anfälliger für religiös begründete politische Bewegungen machen und die gesellschaftliche Modernisierung erschweren, etwa die Stärkung der Frauenrechte, die Bouteflika im Wahlkampf angekündigt hatte.

Dass die Politik punktueller Konzessionen für das Regime problematische Folgen haben kann, zeigte sich an Dynamiken in der Presse (zwischen 2000 und 2003) und den unabhängigen Gewerkschaften (seit 2004). Hier haben Erweiterungen von Spielräumen so schnell eigene Dynamiken entfaltet, dass der Präsident gewährte Freiheiten jeweils wieder eingeschränkt hat. Unabhängige Vereine haben heute kaum mehr eine Chance, autorisiert zu werden, und von dem Dutzend Zeitungen, die 2003 über Bouteflika kritisch berichteten, hinterfragt heute weniger als eine Handvoll dessen Politik.

Weder punktuelle Konzessionen noch das partielle Anziehen der autoritären Schraube haben sich als stabilisierende Maßnahmen mit breiter und nachhaltiger Wirkung erwiesen. Dies zeigen allein schon die multiplen und wachsenden Sicherheitsprobleme der letzten Jahre.

Vielfältige Sicherheitsprobleme

Algeriens nachhaltige Stabilität wird durch zwei Sicherheitsprobleme besonders herausgefordert: die bewaffneten islamistischen Gruppen und die generelle Gewaltneigung der perspektivlosen Jugend – die Dimension dieser Probleme lässt sich allein schon am Ausbau der Bereitschaftspolizei und der 2008 vollzogenen personellen Aufstockung der Ordnungskräfte um 25% (von 140 000 auf 200 000) ablesen.

Noch vor wenigen Jahren galten die verbliebenen bewaffneten islamistischen Grüppchen in Algerien als isoliert und nicht als Bedrohung für die Stabilität des Landes. Nachdem sich die schlagkräftigste bewaffnete Gruppe, die GSPC (*Groupe salafiste pour la prédication et le combat*), in »Al-Qaida im islamischen Maghreb« umbenannt hatte, verübte sie 2007 mehrere

große Anschläge in Algier. Durch den Einsatz von Selbstmordattentätern, die Auswahl symbolträchtiger Ziele wie dem Regierungssitz sowie durch Anschläge und Rekrutierung auch in benachbarten Staaten erreichte die Gewalt überdies eine neue Dimension. Zugenommen haben auch Entführungen bemittelter Algerier, die neben Schmuggel eine wichtige Einkommensquelle für die bewaffneten Gruppen darstellen.

Die Zahl der bewaffneten Islamisten wird seit Jahren offiziell mit rund 800 angegeben – dabei werden jedes Jahr mehrere Hundert Kämpfer getötet oder gefangen und sollen im Zuge der Amnestie-Initiative 2006 gegen 300 Kämpfer ihre Waffen niedergelegt haben. Es ist folglich entweder von gezielter Desinformation oder von einem nach wie vor beachtlichen Rekrutierungspotential für Jihadisten auszugehen. Für letzteres spricht die hohe Zahl von Algeriern, die nach offiziellen amerikanischen Angaben seit 2003 im Irak aufgegriffen oder getötet wurden.

Glaube an Veränderung durch Gewalt.

Das eigentliche Sicherheitsthema sind derzeit vermehrte soziale Unruhen auch in bislang ruhigen Landesteilen. Proteste gegen Günstlingswirtschaft bei der staatlichen Stellen- und Wohnungsvergabe eskalieren regelmäßig in der Zerstörung staatlicher Gebäude und Symbole in der Provinz. In Oran verursachte 2008 der Abstieg einer Fußballmannschaft tagelange Straßenschlachten und die Nahrungsmittelpreis-krise sorgte 2008 auch im erdölreichen Algerien für Engpässe und Aufstände. Neben den ethnischen und sozioökonomischen Spannungen zwischen Kabylen und Zentralregierung kam es 2008 auch zu Gewalt zwischen Religionsgruppen, namentlich den Ibaditen und Malekiten.

Algerien hat es seit der Unabhängigkeit trotz einiger später Konzessionen an die Berber nicht geschafft, Raum für kulturellen und politischen Pluralismus zu schaffen. Die offizielle Politik, die Identität auf die arabische Komponente zu reduzieren,

stand dabei in scharfem Kontrast zur gelebten Realität. Im Bildungswesen ist dies, mit verheerenden Folgen, besonders gut erkennbar: Das Schulsystem ist sukzessive arabisiert worden. In einem Großteil der staatlichen Verwaltung ist Französisch aber – trotz offizieller Arabisierung der Bürokratie – noch immer die vorherrschende Sprache. Als Folge haben Algerier, die nicht aus der frankophonen urbanen Mittelschicht oder der staatlichen Elite stammen, schlechte Chancen für einen Aufstieg im Staatsapparat.

Dem Gros der algerischen Jugend mangelt es heute an beruflichen Perspektiven sowie an Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Die verbreitete Hoffnungslosigkeit manifestiert sich im Migrationswunsch, den nach Einschätzung algerischer Medien weit mehr als die Hälfte der jungen Männer hegen sollen. Auf die Abkehr vom Staat folgt das Abtauchen in die informelle Ökonomie, die Hinwendung zu Kriminalität, zu religiöser Radikalisierung und zu erhöhter Gewaltbereitschaft. In Gesprächen mit jungen Algeriern und in Diskussionsforen zeigt sich, dass kaum einer von ihnen glaubt, Fortschritt und Reformen ließen sich über politische Verhandlungen und Kompromisse erreichen. Selbst zivilgesellschaftliche Akteure sind der Meinung, dass nur Aufstände etwas bewirken können – und verweisen auf den antikolonialen Kampf und auf die Unruhen vom Oktober 1988, die eine weitgehende, wenn auch kurzlebige politische Öffnung zur Folge hatte. Nicht zuletzt diese historische Orientierung auf Gewalt unterscheidet Algerien von anderen Staaten der Region – und macht es anfälliger für Unruhen.

Szenarien

Im präsidentialen Wahlprogramm 2009 werden viele zentrale Probleme erwähnt, die Einfluss auf die Stabilität des Landes haben: Wirtschaftswachstum außerhalb des Erdöl- und Erdgassektors, Perspektiven für die Jugend, gesellschaftliche Versöhnung, gute Regierungsführung etc. Allerdings gibt

es keine Hinweise darauf, dass diese Ziele auf neue und ernsthaftere Weise als bisher verfolgt werden sollen. Für die weitere Entwicklung sind folglich grob drei Szenarien denkbar.

► *Status-quo-Szenario.* Es geht weiter wie bisher. Dem Regime gelingt es, sich Loyalitäten zu kaufen und lokale Unruhen einzudämmen. Dies setzt allerdings voraus, dass der Ölpreis ein Niveau von mindestens 65 Dollar nicht unterschreitet und Verbesserungen im Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung eintreten. Algerien bliebe dann kurz- und mittelfristig mehr oder minder stabil. Allerdings nur so lange, wie Bouteflika am Ruder ist. Da er es bislang nicht geschafft hat, glaubwürdige politische Institutionen, eine funktionierende Verwaltung sowie einen starken Nachfolger aufzubauen, dürften im Falle seines gesundheitsbedingten Ausscheidens vor 2014 eine stärkere Einmischung des Militärs, regime-interne Machtkämpfe und damit eine zumindest vorübergehende Destabilisierung zu erwarten sein. Mögliche Nachfolger wie der amtierende Premierminister, der Kabyle Ahmed Ouyahia, haben weit weniger Rückhalt in der Bevölkerung als Bouteflika.

► *Aufstandsszenario.* Aufgrund des volatilen und teilweise niedrigen Ölpreises kommen dem Regime zunehmend die finanziellen Mittel abhanden, um seine Politik des ›punktuellen Feuerlöschens‹ fortzusetzen und die vielen klientelistischen Netzwerke zu unterhalten. Soziale Spannungen nehmen zu, anhaltende Aufstände mehren sich. Das Regime reagiert mit verschärfter Repression, hat aber auch dafür nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Ein Polizeistaat, wie er in Tunesien herrscht, ist allein schon wegen der rebellischen algerischen Gesellschaft kaum denkbar. Ein allzu brutales Durchgreifen könnte sich das Regime auch international kaum leisten. In diesem Szenario wäre eine gewisse Destabilisierung des Regimes und des Staates wahrscheinlich. Für einen von innen herbeigeführten Regimewechsel bräuchte es allerdings einen charisma-

tischen Führer bzw. eine glaubwürdige politische Alternative, die von weiten Teilen der fragmentierten Gesellschaft gestützt würde. Beides ist derzeit nicht in Sicht.

► *Öffnungsszenario.* Die Erdölpreise bleiben eher niedrig und volatil. Dem Regime fehlen finanzielle Mittel, um Unruhen niederzuschlagen und Loyalitäten zu kaufen. Es entschließt sich zum Sprung nach vorne, zu einer weitgehenden politischen Öffnung und zur Bildung einer – von Teilen der linken und islamistischen Opposition seit Jahren geforderten – Übergangsregierung, die das ganze politische Spektrum abdeckt, einschließlich der moderateren Teile der verbotenen FIS-Partei. Auch in diesem Fall ist – zumindest vorübergehend – mit Destabilisierung zu rechnen.

Das Status-quo-Szenario ist am wahrscheinlichsten, das Öffnungsszenario am unwahrscheinlichsten. Alle drei Szenarien illustrieren, dass mit der dritten Amtszeit Bouteflikas ein Anhalten der relativen Stabilität Algerien nicht automatisch gewährleistet ist. Ein Abtreten Bouteflikas 2009 wäre möglicherweise mit erheblicher Unsicherheit und aufgrund des erwartbaren Machtgerangels mit einer gewissen Destabilisierung einhergegangen. Diese Entwicklung ist lediglich aufgeschoben. Allerdings hätte sich auch die Chance für einen Aufbruch geboten.

Einflussmöglichkeiten für Europa

Die Möglichkeiten europäischer Außenpolitik, die inneren Verhältnisse Algeriens zu beeinflussen, sind sehr beschränkt. Algerien lehnt Anregungen zu Reformen meist als Einmischung in innere Angelegenheiten ab. Dies ist auch ein Grund für die ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) der EU.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit Europas von algerischem Öl und Gas, dem Interesse an Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung und an der Stabilität Algeriens haben sich die EU und ihre Mitgliedstaaten mit Kritik an Bouteflikas autoritärem Regierungsstil und seiner nationalistischen Wirt-

schaftspolitik bislang stark zurückgehalten – obwohl diese langfristig der Stabilität Algeriens nicht zuträglich sind.

Es wäre daher sinnvoll, auch eine gewisse Distanz zum Regime zu wahren. Die Ankündigung der EU-Kommission im April 2009, sie werde Algerien im Rahmen des Assoziierungsrats und Assoziierungskomitees auch auf eine Reihe von Menschenrechtsfragen ansprechen, ist ein wichtiges Signal an den wiedergewählten Präsidenten – es sollte aber nicht das einzige bleiben.

Deutschland kann sowohl im europäischen Rahmen als auch bilateral dazu beitragen, Perspektiven für die Bevölkerung und damit für die nachhaltige Stabilisierung Algeriens zu schaffen. Vielversprechend ist insbesondere Bildungscooperation: Man denke an Austausch und Weiterbildung von Verwaltungskadern, an mehr Studienstipendien für junge Algerier oder an die Ausbildung algerischer Fachkräfte durch deutsche Firmen vor Ort, die von Berlin ermutigt und unterstützt werden sollte. Eine wichtige Rolle kann Deutschland auch bei der Schaffung rechtlicher und institutioneller Voraussetzungen im Bereich erneuerbarer Energien spielen, indem es Algerien ermutigt, seine ambitionierten Solarenergieprojekte schneller voranzutreiben und damit seine Exportgüter nachhaltig zu diversifizieren.

Grundsätzlich besteht das Risiko, dass europäische Politiker zu kurzfristig und zu elitenfixiert agieren. Die langfristige Stabilität Algeriens hängt nicht von den Verteilungsstrategien Bouteflikas und seinen Amnestie-Initiativen für reumütige bewaffnete Islamisten ab. Sehr viel entscheidender sind die Aussichten der jungen Algerier auf Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und reale politische Partizipation. Wenn diese Perspektiven mittelfristig nicht eröffnet werden, ist mit zunehmender Instabilität zu rechnen. Die Konsequenzen würde auch Europa zu spüren bekommen, etwa in Form von verstärkter Migration. Nicht zuletzt bestünde die Gefahr grenzüberschreitender Auswirkungen auf die maghrebischen Nachbarstaaten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364